

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

INHALT

Teuerung:

Die Regierung bleibt taub



KV-Verhandlungen

Der Unternehmerwillkür nicht nachgeben

ÖGK:

LH Doskozil verlangte die Abschaffung

Streikrecht:

EU-Kommission will Arbeitskämpfe untersagen können

Aufrüstung

16 Milliarden fürs Heer.
Wozu?

Krieg in der Ukraine

Keine Verbesserung in Sicht- warum?

Neutralität

Offener Brief und Initiative

www.unsere-neutralität.at

Am 17. September rief der ÖGB zu österreichweiten Demonstrationen und Protesten gegen die Teuerung auf. Zehntausende Menschen nahmen daran österreichweit teil. Die Regierung bleibt taub. Einmalzahlungen sollen es richten. Doch einmal ist keinmal. Immer mehr Menschen rutschen in prekäre Lebensumstände, können Strom, Gas, Mieten, ja sogar Essen kaum mehr bezahlen. Und das Schlimmste kommt noch, warnen die „Experten“. Aber dort hinschauen und hingreifen, wo die Ursachen und die Verursacher der Krise sind, wo das Geld zu finden ist, bei der Profitmacherei der Konzerne, das soll um jeden Preis verhindert und von „Experten“ verschleiert werden.



Daher gilt gerade in den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen: **Nicht nachgeben! Viele Kolleginnen und Kollegen sind sogar bereit zu streiken. Dem muss die Gewerkschaft entsprechen!** Denn das ist die einzige Sprache, die die Unternehmer verstehen. Bitten und betteln, an die „Vernunft“ der Unternehmer appellieren, hilft nichts.

Für Aufrüstung und Krieg ist Geld in Hülle und Fülle da, der Sozialstaat, die arbeitenden Menschen sollen warten und Opfer bringen. **Nein! Löhne rauf, Preise runter, Vermögen und Profite besteuern!**

Mehr dazu auf den nächsten Seiten

PREISE RUNTER

**Sozialstaat und Neutralität statt
Kriegshetze, Aufrüstung und Krieg!**

**Keine Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten
auf die Bevölkerung!**

Krise, Krieg und Horror-Preissteigerungen sind die Folge der Profitwirtschaft – schon vor dem Krieg in der Ukraine. Der Krieg in der Ukraine in Verbindung mit der immer schon üblichen kapitalistischen Praxis der Preisbildung durch Börsenspekulation („Marktpreisbildung“) dient den Konzernen dazu, noch mehr Gewinne und Extraprofite zu scheffeln.

Wir fordern die Regierung auf:

- Preisstopp und Preise runter statt Einmalzahlungen und Almosen. Krisen- und Kriegsgewinnler müssen zahlen, nicht die Bevölkerung!
- Keine direkte oder indirekte Beteiligung an Kriegspropaganda und Aufrüstung von EU und/oder NATO. Nur Frieden sichert den Sozialstaat. Umso wichtiger ist es, die in der Verfassung verankerte immerwährende Neutralität Österreichs ernst zu nehmen. Alles andere ist undemokratisch.

**Die Unternehmer treten immer unverschämter die
Interessen der arbeitenden Menschen mit Füßen.**

Trotzdem klammern sich die Spitzen von ÖGB, Einzelgewerkschaften, AK und SPÖ an die „Sozialpartnerschaft“. Das schadet uns arbeitenden Menschen! Die Konzerne und Bosse sahen weiter ab – erst recht durch den Krieg in der Ukraine.

Wir rufen ÖGB und Einzelgewerkschaften auf,

sich öffentlich aktiv und laut gegen die Kriegstreiber in Ost und West auszusprechen und für Ausbau von Sozialstaat und Neutralität einzusetzen.

Sozialstaat statt Profitwirtschaft

JA zu NEUTRALITÄT – NEIN zu Kriegshetze

Schluss mit dem Krieg – Waffenstillstand

Gegen die Kriegstreiber in Ost und West

Obiges Flugblatt haben wir bei der ÖGB-Demo verteilt.

*

EINLADUNG

26. Oktober 2022

TAG DER NEUTRALITÄT

Stand, Kundgebung und Flugblatt-Verteilaktion am Nationalfeiertag, dem Tag der immerwährenden Neutralitätserklärung Österreichs.

Ort: Eingang Volksgarten zum Heldenplatz

Zeit: ab 10.00 Uhr

Wer mitmachen will, bitte melden unter:

oesolkom@gmx.at

Fortsetzung von Seite 1

Teuerungsausgleich?

**Einmal ist keinmal. Daher Löhne, Pensionen,
Arbeitslosen- und Notstandsgeld, Sozialhilfe
und Sozialleistungen rauf, Preise runter,
Vermögen und Profite besteuern! Daseins-
vorsorge in die öffentliche Hand!**

Schlag auf Schlag ging es in den letzten Tagen und Wochen. Im Windschatten des Krieges in der Ukraine wird alles teurer. Jeden Tag melden sich andere Branchenvertreter und halten die Hand beim Staat auf. Und sie bekommen, was sie fordern, die Konzerne, die Großbauern, die Wald- und Forstbesitzer, Polizei und Militär. Das freute zuletzt ganz offen Industriellenvereinigung und WKO-Chef Mahrer. Man bekäme endlich, was man schon seit Jahren fordere. Und bei der 200 Milliarden teuren NATO-EU-Aufrüstung will man auch dabei sein. Allein 100 Milliarden entfallen dabei auf Deutschland. Da hoffen die österreichischen Kapitalisten kräftig als Zulieferer dabei sein zu dürfen: Kanonen- statt Autozulieferer.

Zuerst war es der Borkenkäufer, dann die Pandemie, jetzt „der Putin“. Die Milliarden müssen fließen für Konzernprofite und Aufrüstung zum Krieg. 6 Mrd. Euro für energieintensive Betriebe, sprich für Großkonzerne die mehr für den Weltmarkt statt für Österreich produzieren. 16 Mrd. Euro allein bis 2026 für das Bundesheer. Zur Verteidigung der Neutralität gegen Ost und West? Nein, zur Modernisierung und Eingliederung Österreichs in die EU- und NATO-Kriegsstrategie gegen Osten.

Das alles sei für die Standortsicherung Österreichs, heißt es dazu aus der Wirtschaft. Feine Standortsicherung, wenn dadurch das neutrale Österreich und seine Bevölkerung zum Angriffsziel gemacht wird.

Wenn es aber um die Forderungen der arbeitenden Menschen geht, da wird der Finanzminister zum strengen Sparmeister. Sorgsam müsse man mit den Milliarden umgehen, sagt er. Das heißt, es gibt für die Masse der Bevölkerung keine dauerhafte Abgeltung der Teuerung, keine nachhaltige Erhöhung der Pensionen. Nicht einmal die enormen Extraprofite der Konzerne will die Regierung für Sozialstaat, für Bildung, Pflege, Gesundheit, Pensionen und Armutsbekämpfung heranziehen. Geht nicht, sagt die Regierung, sagt der Finanzminister. Preisdeckel auf Gas, Strom, Miete, Lebensmittel, wie es schon in anderen EU-Ländern gemacht wird? Geht nicht, man müsse auf EU-weite Regelung warten, dürfe die Firmen nicht vertreiben, diese würden bei zu geringen Preisen Österreich nicht beliefern.

Alles Ausreden. Wenn es um die Wünsche der Konzerne geht, sind schnell Gesetze zur Hand. Wenn es

um die Lebensbedürfnisse der Menschen geht, heißt es warten und darben.

Wenn die Konzerne der Daseinsvorsorge nicht spüren, dann müssen sie ins öffentliche Eigentum überführt werden. Jetzt soll ja keiner kommen und „Enteignung“ schreien. Was war denn bei der Liberalisierung und Privatisierung der zuvor aus der Arbeit und den Steuern von allen arbeitenden Menschen errichteten und funktionierend arbeitenden Betriebe? Wurden da die arbeitenden Menschen dafür abgegolten? Nein. Es fand eine kollektive Enteignung statt. Seitdem sind nämlich dem Staat – also uns allen – über die Dividendeneinnahmen ins Budget, die seitdem an Private ausbezahlt wurden, nunmehr über Jahrzehnte Gelder entzogen worden. Ganz zu schweigen über den Schaden, der – wie man gerade jetzt sieht – dadurch entsteht, dass damit die direkte Preisgestaltung im Interesse der Bevölkerung – schwerer oder gar nicht mehr möglich ist – außer durch echte Preiskontrolle, Preisregulierung und Zurückverstaatlichung. So entgingen und entgehen der Allgemeinheit Milliarden über Milliarden, die uns jetzt fehlen. Sie stecken in Villen, Jachten, Privatjets, Grundstücken der Reichen oder werden in Steueroasen gebunkert, für Spekulationen an den Börsen verjubelt, mit negativen Folgen für das normale Leben der großen, breiten Massen der Menschen.

Zudem: alles was da derzeit – vor allem an die Unternehmer und Konzerne aus dem Budget ausgeschüttet wird, stammt zu 85% aus unseren Steuern. Alles was wir, wenn überhaupt, vom Staat bekommen, haben wir vorher eingezahlt. Alles, was nicht wir, sondern die Unternehmer, die bekanntlich kaum Steuern zahlen, die alle Tricks der Steuerminde- rung und -verhinderung kennen und nutzen, vom Staat bekommen, ist Umverteilung von unten nach oben. Und in den kommenden Jahren auflaufende Staatsschulden, die zuerst die Gewinne der jeweiligen Privatbanken sind, werden dann nicht die heute beschenkten Konzerne, sondern wir, die Masse der Bevölkerung durch neuerliches „Opferbringen“ zu zahlen haben. So ist der ewige Plan der Unternehmer und ihrer Finanzminister: durch weniger Löhne oder Pensionen, weniger Sozialleistungen, weniger öffentlicher Bildung oder Gesundheitsleistungen usw.

Von der Regierung der Reichen und Konzerne ist also nichts zu erwarten. Wir arbeitende Menschen, müssen uns das direkt bei den Unternehmern holen. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen. Das sagen auch die verhandelnden Gewerkschaften. Sie müssen aber endlich nach den bereits begonnenen Betriebsversammlungen den Worten Taten folgen lassen. Sprich: kein bloßer Theaterdonner, kein Missbrauch der Belegschaften und ihrer Vertreter bloß als Drohkulisse, um dann doch „sozialpartnerschaftlich“ wieder zu wenig herauszuholen. Die Gewerkschaften sind nur so stark, so stark sie die Beschäftigten, die

Belegschaftsvertreter, in die Auseinandersetzungen aktiv einbeziehen. Die Unternehmer verstehen nur eine Sprache: Druck, Widerstand, Streik. Streik ist kein Jux und keine Tollerei. Streik ist aber notwendig, wenn die Industrievertreter z.B. hergehen und sagen: verlangt nicht so viel (die Metaller wollen 10,6% plus), weil ihr habt ja eh schon einen Teuerungsausgleich vom Staat erhalten. Das ist eine miese Ablenkung und vielfache Unverfrorenheit: Erstens stammt der Teuerungsausgleich vom Staat, aus unseren Steuern. Zweitens ist der Teuerungsausgleich nur einmalig und bereits verpufft. Drittens haben die Unternehmen vom Staat schon massive Milliarden-Hilfen erhalten und das schon seit Pandemie-Zeiten. Viertens hat die Masse der arbeitenden Menschen durch die Pandemie, durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit (am Höhepunkt waren das insgesamt zwei Millionen Menschen in Österreich) Einkommenseinbußen von bis zu 20% (Kurzarbeit) bzw. von 45% (Arbeitslosigkeit) hinnehmen müssen.

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der 190.000 Metaller von 10,6% und die der ca. 550.000 Handelsangestellten von 6.9% sowieso viel zu niedrig angesetzt.

So sagte selbst der der Wirtschaft wirklich nicht feindlich gegenüberstehende Vorsitzende des Fiskalrates und Ex-Wifo-Chef Christoph Badelt:

„Ich verstehe die Politik, die mit Durchschnittsgrößen arbeitet. Aber die Statistik täuscht uns über die wahren Lebensverhältnisse. Einzelne Menschen haben keine Inflation von acht Prozent zu schultern, sondern vielleicht sogar 30 oder 35 Prozent.“

(Kurier, 7. Okt. 2022)

In diesem Sinne: Mehr zu fordern ist mehr als gerechtfertigt. Solidarität ist unsere Stärke, Widerstand ist unsere Chance!

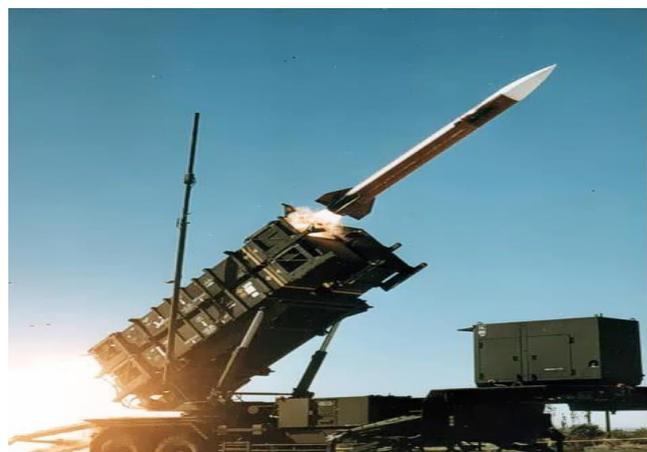


Bild: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=894093>

16 Mrd. Euro bekommt das Bundesheer allein bis 2026. Nicht für die Neutralität Österreich, sondern zur Einbindung in die EU-NATO-Kriegsaufrüstung. Aber bei Löhnen, Pensionen, Bildung, Gesundheit, Pflege, wird eingespart und gekürzt.

Der Krieg in der Ukraine

Die Welt war noch nie seit dem Ende des 2. Weltkrieges so nahe an einem großen Krieg, an einem Krieg in Europa, ja an einem Weltkrieg. Und was macht das per Verfassung immerwährend neutrale Österreich? Regierung samt Bundespräsident wirken nicht gegen eine Eskalation, sondern machen mit bei der Kriegshetze und Kriegstreiberei. Zum Schaden der österreichischen Bevölkerung.

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab.

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist durch nichts zu rechtfertigen und sofort zu stoppen. Wir sind in der instabilsten geopolitischen Situation seit Jahrzehnten, es droht sogar der nukleare Abgrund! Zuletzt forderte der ukrainische Präsident Selenskyj vom Westen / NATO einen atomaren Präventivschlag gegen Russland.

Wir haben keinerlei Interesse, Russlands Krieg zu entschuldigen. Doch auf Putins Invasion in der Ukraine haben die USA seit langem hingearbeitet und alles dazu beigetragen, dass sie stattfindet.

„Die USA hätten Russlands Krieg leicht verhindern können, indem sie drei Dinge getan hätten: die Umsetzung der acht Jahre alten Friedensabkommen von Minsk erzwingen, die rechtsextremen ukrainischen Milizen auflösen ... die Ukraine sollte nicht der NATO beitreten, die US-Raketen in Polen und Rumänien und die NATO-Truppen in Osteuropa müssten abziehen.“ (aus: Biden Confirms Why the US Needed This War, March 27, 2022. Joe Lauria; <https://consortiumnews.com/2022/03/27/can-russia-escape-the-us-trap>).

All das hatten die USA nie vor, im Gegenteil! Deshalb fingen sie schon im Dezember 2021 an, eine Invasion herbeizureden. Die USA weigerten sich, die Raketen abzuziehen und schickten provokativ noch mehr NATO-Truppen nach Osteuropa.

Die Medienberichterstattung bei uns in Europa zum Ukraine-Krieg ist das bisher extremste Beispiel von Lügen, Verdrehungen, Verkehrung ins Gegenteil, fake news. Es ist ein Propagandafeldzug wie wir ihn bisher nur von Autokratien kannten, es ist ein großer Schritt in eine „Demokratie“. Wir sollen so reif gemacht werden, weitere Krisenfolgen und letztlich Krieg zu akzeptieren.

Putin wurde schon viele Jahre zum Sündenbock aufgebaut. Putins Krieg wird nun zum Anlass für den „Feldzug gegen das Böse schlechthin“ genommen: Russland bedrohe ganz Europa, ja auch Asien und die ganze Welt. Das passt in die USA-Kriegspläne, Eroberungspläne, Weltmachtpläne. Nur durch dieses Bedrohungsszenarium war und ist es möglich, strengste Sanktionen gegen Russland zu verhängen, um Russland zu bestrafen. Das Ziel dabei ist, das russische Volk dazu zu bringen, sich gegen Putin zu erheben, um letztlich wieder eine, dem westlichen Kapital dienende Marionette wie Jelzin es war, zu installieren (siehe: „Biden bestätigt, warum die USA diesen Krieg braucht“. 27. März 2022, Joe Lauria). Nur durch dieses Bedrohungsszenarium könnten die Menschen, sei es in den USA, sei es in Europa dazu gebracht werden, die Kosten der ungeheuren Aufrüstung, den Krieg hinzunehmen oder sogar gutzuheißen.

Alle Krisenfolgen werden ebenfalls auf Putin geschoben. Die kapitalistische Spekulation an den diversen Rohstoffbörsen, die z.B. die Energiepreise ins Unermessliche steigen lassen, werden ebenfalls Russland angelastet. Doch es ist vor allem diese Spekulation auf den Finanzmärkten, die Reiche noch reicher werden lässt. Vor allem das hat die Preise für Rohöl bzw. für Gas verdreifacht bis verfünffacht.

Die vorherrschenden Kreise des US-Finanzkapitals und ihre Regierung steuern auf einen Krieg gegen Russland und China zu. Geht es nach ihnen, sollen die EU-Staaten, d.h. europäische Soldaten, vor allem deutsche, wieder gegen Russland marschieren. Auch Österreicher sollen mitmarschieren. Marschieren in diesen nächsten großen Krieg um Rohstoffquellen und Einflussphären.

Marschieren in den III. Weltkrieg?!

„Die Welt steht am Rande einer nuklearen Katastrophe ...“. Die westlichen Führer behaupten, dass *„der Westen edel sei, während Russland und China böse seien ... Das ist ein Versuch, die öffentliche Meinung zu manipulieren ... Die Ironie besteht darin, dass die USA seit 1980 in mindestens 15 Kriegen im Ausland involviert waren (Afghanistan, Irak, Libyen, Panama, Serbien, Syrien und Jemen, um nur einige zu nennen), während China in keinem und Russland nur in einem (Syrien) außerhalb der ehemaligen Sowjetunion war. Die USA haben Militärbasen in 85 Ländern, China in drei und Russland in einem (Syrien) außerhalb der ehemaligen Sowjetunion ... Die übersteigerte Angst vor China und Russland wird der westlichen Öffentlichkeit durch Manipulation der Fakten verkauft. Eine Generation zuvor verkaufte George W. Bush Jr. der Öffentlichkeit die Idee, Amerikas größte Bedrohung sei der islamische Fundamentalismus, ohne zu erwähnen, dass es die CIA war, die zusammen mit Saudi-Arabien und anderen Ländern die Dschihadisten in Afghanistan, Syrien und anderswo geschaffen, finanziert und eingesetzt hatte, um Amerikas Kriege zu führen ...“* (Jeffrey Sachs*, USA: Das falsche Narrativ** des Westens über Russland und China, 21. Sept. 2022).

Der Ukraine-Krieg ist nicht zu verstehen ohne die Geschichte der Ukraine seit 2014 und schon lange davor

Und Jeffrey Sachs* weiter: *„Das westliche Narrativ** über den Ukraine-Krieg ist, dass es sich um einen unprovzierten Angriff Putins handelt, der das russische Imperium wiederherstellen will. Die wahre Geschichte beginnt jedoch mit dem Versprechen des Westens an den sowjetischen Präsidenten Michail*

Gorbatschow, die Nato werde sich nicht nach Osten erweitern, gefolgt von vier Wellen der Nato-Erweiterung: 1999 wurden drei mitteleuropäische Länder aufgenommen, 2004 sieben weitere, darunter die Schwarzmeerländer und die baltischen Staaten, 2008 wurde die Erweiterung um die Ukraine und Georgien zugesagt, und 2022 Einladung von vier Staats- und Regierungschefs aus dem asiatisch-pazifischen Raum in die Nato, um China ins Visier zu nehmen ... Die westlichen Medien erwähnen auch nicht die Rolle der USA beim Sturz des prorussischen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Jahr 2014, das Versäumnis der Regierungen Frankreichs und Deutschlands, der Garanten des Minsk-II-Abkommens, die Ukraine zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu drängen, die umfangreichen US-Rüstungslieferungen an die Ukraine während der Regierungen Trump und Biden im Vorfeld des Krieges sowie die Weigerung der USA, mit Putin über die Nato-Erweiterung um die Ukraine zu verhandeln.“ (Jeffrey Sachs*, USA: Das falsche Narrativ** des Westens über Russland und China, 21. Sept. 2022)

Ukraine und USA-Geopolitik

Bezüglich des Putsches in der Ukraine und der Annexion der Krim sagte **US-Präsident Barack Obama 2015**: „Mr. Putin hat seine Entscheidung bezüglich der Krim und der Ukraine – nicht aus einer großen Strategie heraus getroffen, sondern letztlich weil er durch die Proteste am Maidan und der Flucht von Janukowitsch aus der Balance geriet, nachdem wir einen Deal der Machtübergabe in der Ukraine bewerkstelligten.“ (Fareed Zakaria, CNN 1. Feb. 2015, in: Der Freitag 02. Feb. 2015).

„Im Zentrum all dessen steht der Versuch der USA, die Hegemonialmacht der Welt zu bleiben, indem sie ihre Militärbündnisse in der ganzen Welt ausbauen, um China und Russland einzudämmen oder zu besiegen.“ (Jeffrey Sachs*, USA: Das falsche Narrativ** des Westens über Russland und China, 21. Sept. 2022).

Einer der führenden US-Think Tanks,

Stratfor, Schatten-CIA genannt, berät seit Jahrzehnten die größten Konzerne, Hedge-Fonds, staatliche Dienste wie die US-Marine, US-Geheimdienste, US-Militärs usw. Der Leiter dieses privaten US-Nachrichtendienst George Friedman nannte im Dezember 2014 den Putsch in der Ukraine mit dem Sturz des gewählten Präsidenten Janukowitsch den „unverhülltesten Staatsstreich der Geschichte“ (Robert Parry, consortiumnews.com 6. Jan. 2015).

Und Georg Friedman in einem Interview 2015: „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt“... Die große Angst der Vereinigten Staaten war schon seit Jahrzehnten, dass deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft vereint werden könnten.“ (George Friedman, https://youtu.be/QeLu_vyz3tc 17. März 2015).

Einflussreiche Neokonservative, wie Carl Gershman hatten schon 2013 die Ukraine den „größten Preis“ bezeichnet und als wichtigen Schritt, Russlands Präsident Putin zu stürzen. Gershman, Präsident des NED (National Endowment for Democracy), einer Organisation, die vom US-Kongress ca. 100 Millionen Dollar pro Jahr erhält, finanziert Projekte in der Ukraine wie Training von Aktivisten, Bezahlung von Journalisten, Organisieren von Firmengruppen.

Gershman schrieb: „Die Wahl der Ukraine sich Europa anzuschließen wird das Ableben der Ideologie des russischen Imperialismus, den Putin repräsentiert, beschleunigen. Auch die Russen haben dann eine Wahl und es kann sein, dass sich Putin dann am Ende als Verlierer nicht nur außerhalb Russlands sondern auch in Russland selbst wiederfindet.“ (Carl Gershman, The Washington Post, 2013)

NED macht ganz offen, was der CIA nur im Geheimen tut: einen

Regimewechsel in der Ukraine zu betreiben (David Ignatius, The Washington Post, 2013). Fünf Milliarden Dollar hat die USA nach Angaben ihrer damaligen für Osteuropa zuständigen Staatssekretärin im US-Außenministerium, Viktoria Nuland, investiert, um in der Ukraine 2014 eine ihr genehme Regierung an die Macht zu bringen (<https://www.youtube.com/watch?v=U2fYcHLouXY>).

Die Ukraine dient als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld zwischen USA-NATO-Interessen in Europa und Russlands Interessen

Wir dürfen nicht auf einem Auge blind sein. Die Gefahr kommt nicht nur vom Osten, sondern auch vom Westen, von der USA/NATO- und EU-Militarisierung – inklusive des nun auch massiv aufrüstenden Deutschlands. Immer mehr lassen sich die EU-Staaten in die USA-NATO-Aufrüstungs- und Kriegspirale hineinziehen. Mit allen ökonomischen und sozialen Folgen und Lasten für die Bevölkerungen Europas. Die Krisenfolgen werden mehr denn je auf die Masse der Menschen abgewälzt. Nach den Folgekosten der Pandemie steigen nun die Preise für Wohnen, Lebensmittel, Energie enorm! Die riesige Teuerung der Lebenshaltungskosten ist für immer mehr Menschen nicht verkraftbar.

Die einzige Supermacht, die USA, der privatkapitalistische Staat mit seinen Dollar-Milliardären und einem Militärbudget von 700 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkte auf der ganzen Welt, (inklusive NATO ca. 1.000 Milliarden Dollar Jahresbudget), steht Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären, mit einem Jahresmilitärbudget von 60 Milliarden Dollar gegenüber.

Die USA streben seit langem an, die Regierung Russlands, das Land mit den größten Energievorräten und mit der größten geostrategischen Bedeutung für Eurasien, zu stürzen und eine ihnen genehme Regierung zu installieren, die das Land dem westlichen Privatkapital ungehemmt öffnet.

US-Präsident Joe Biden sagte am 24. Februar und am 4. März dieses Jahres auf die Frage, ob die Sanktionen gegen Russland irgendetwas verhindern würden, was Russland macht u.a.: „Wir müssen Entschlossenheit zeigen, damit Putin weiß, was auf ihn zukommt und dass das russische Volk versteht, was er ihm angetan hat ... Ich habe nie gesagt, dass die Sanktionen ihn abhalten würden. Sanktionen verhindern niemals etwas. Das Aufrechterhalten der Sanktionen über Monate, über das ganze verbleibende Jahr. Das wird ihn stoppen.“ (aus: Joe Lauria, <https://consortiumnews.com/2022/03/27/can-russia-escape-the-us-trap>)

Und am 1. März 2022 sagte der Sprecher von Boris Johnson, der die USA-Politik voll mitmacht, ganz direkt: „Was wir, große Teile der Welt, in die Wege leiten ist, das Putin-Regime zu stürzen.“ (<https://www.businessinsider.com/russia-sanctions-meant-bring-down-putin-says-uk-2022-2>)

Es geht unter anderem auch um riesige Energievorräte, ums Öl, ums Gas

Nach dem II. Weltkrieg haben die damals führenden Öl-Giganten, die US-amerikanischen und britischen Öl-Konzerne, Exxon, Mobil, Chevron, BP und Shell ein globales Öl-Preis Monopol geschaffen. Der einstige US-Außenminister Henry Kissinger sagte einmal:

„Kontrolliere das Öl und du kontrollierst ganze Staaten.“ Seit den 1980iger Jahren hat die Wall Street, die größte Finanzbörse der Welt, unter der Führung von Goldman Sachs einen neuen Markt in „Papier-Öl“ geschaffen. D.h., unter der Führung von Großbanken in New York und London wurde ein großes „Casino“ von riesigen spekulativen Profimöglichkeiten auf Öl geschaffen, die Milliardengewinne bringen.

Seit langem pflanzen die Großbanken, im Auftrag ihrer superreichen Kunden, auch eine Liberalisierung des Naturgas-Marktes in Europa – des zweiten riesigen Energieträgers bzw. Profitbringers. Seit 2019 arbeitet auf Betreiben der Wirtschaft die EU-

Kommission auf einen völlig deregulierten Gasmarkthandel in den europäischen Staaten hin. Der größte Marktplatz für Erdgas in Europa ist seit 2020 der holländische TTF (Title Transfer Facility). Doch derzeit werden auf der Erdgasbörse TTF nur rund 10% des in Europa verbrauchten Erdgases frei gehandelt, d.h. unterliegen der Spekulation. Das ist den Profithaien natürlich zu wenig! (aus: <https://www.globalresearch.ca/europe-energy-armageddon-from-berlin-brussels-not-moscow/5792005>. F. William Engdahl Global Research, September 21, 2022)

Etwa 45% des Erdgases, das Europa verbraucht, kam von Russland, über die Pipelines der Gazprom. Ab September 2021 war die Nord-Stream 2 Pipeline fertiggestellt, sie hätte die Liefer-Kapazität von Nord-Stream 1 verdoppelt. Russland liefert Erdgas nach Europa mit langfristigen Lieferverträgen zu stabilen Preisen. Das verhinderte eine wirkliche Liberalisierung des Gasmarktes in Europa und hielt die Preise nieder, da ja auch die anderen Erdgasförderstaaten, die in bzw. nach Europa liefern, mit den Preisen von Russland konkurrieren mussten, bzw. müssen.

Diese Liberalisierungsbestrebungen haben den Gaspreis schon vor der Ukraine-Krise deutlich in die Höhe geschraubt. Ende 2021 lag der Preis bei rund 148 Euro je Megawattstunde, im langjährigen Mittel bewegte er sich zwischen zehn und 25 Euro. Der Ukraine Krieg und vor allem die Nichtinbetriebnahme von Nord Stream 2 durch Deutschland hat den Preis noch vervielfacht. In der ersten Märzwoche 2022 erreichte der Gaspreis erstmals die Marke von 200 Euro je Megawattstunde. Am niederländischen Handelsplatz TTF (Title Transfer Facility) wurde eine Megawattstunde zeitweilig für 345 Euro gehandelt (7. März 2022). Der Preis für eine kWh Gas hat sich von 2021 bis Oktober 2021 ca. verdreifacht bis verfünffacht – von ca. 5 Cent bis 25 Cent!! Und der

Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) liegt aktuell im Vergleich zu März 2021 um 455,5 Prozent höher!

Die USA haben als Eckpfeiler ihrer Außenpolitik in Europa seit Jahrzehnten ein Ziel: Sicherzustellen, dass es nicht zu einem deutsch-russischen Bündnis kommt!

Das heißt u.a. auch, dass die russischen Erdgaspipelines den USA seit langem ein Dorn im Auge sind. Es ist kein Zufall, dass nun in beide Nord Stream Pipelines an zwei Stellen Lecks gesprengt wurden. Bezüglich der Anschläge auf die Pipelines sagte **US-Präsident Joe Biden** auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Deutschlands Bundeskanzler Scholz am **7. Februar 2022** in New York:



Pres. Biden: "If Russia invades...then there will be no longer a Nord Stream 2. We will bring an end to it."

Reporter: "But how will you do that, exactly, since...the project is in Germany's control?"

Biden: "I promise you, we will be able to do that." [abcn.ws/3B55Scx](https://abcnews.com/3B55Scx)

„Wenn Russland die Ukraine angreift ... dann wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden ihr (der Pipeline, Anm. d. Red.) ein Ende bereiten“, d.h., sie zerstören.

Auf die Frage des Reporters wie er das tun würde, da ja das Projekt unter deutscher Kontrolle steht, sagte Biden: „Ich verspreche Ihnen, wir werden in der Lage sein das zu tun.“ (ABC News: <https://abcnews.com/Politics/biden-meet-german-chancellor-urge-united-front-amid/story?id=82712888>)

Die Anschläge auf die Pipelines sind nur im Interesse der USA-Herrschenden. Sie schlagen zwei Fliegen auf einem Schlag. Sie schwächen massiv die deutsche Wirtschaft bzw. auch die der anderen europäischen Staaten. Sie erschweren bzw. verhindern die Wiederinbetriebnahme bzw. die Inbetriebnahme von Nord-Stream 1 und Nord-Stream 2.

Sie schwächen Russland und verhindern bzw. erschweren die Kooperation Deutschlands mit Russland.

Und wie verhält sich Österreich?

Seit vielen Jahren veranlassen die Regierungen – und erst recht die jetzige Regierung samt dem Bundespräsidenten, dass wir bei der EU-Militarisierung mitmachen: sie lassen USA/NATO-Panzer durch Österreich fahren, um an NATO-Übungen in der Slowakei etc. teilzunehmen usw. Sie schicken Bundesheer-Einheiten zu Übungen in die USA, um mit der US-Nationalgarde zu trainieren usw. All das ist mit unserer Neutralität unvereinbar.

Nicht genug damit: am 13. Oktober 2022 beschlossen 15 europäische NATO-Staaten in Brüssel, in Europa unter der Federführung Deutschlands ein neues modernes Luftverteidigungssystem aufzubauen. Der **Vorsitzende des EU-Militärausschusses (EUMC), General Robert Brieger**, ein Österreicher, sagte dazu: „Die Zeichen stehen auf Aufrüstung, das ist zu begrüßen. Im Sinne der Solidarität muss letztlich jeder Mitgliedsstaat einen Beitrag leisten und davon ist Österreich nicht ausgenommen.“ (ORF, ZIB 1, 13.10.2022).



Das ist ungeheuerlich. Der Militär, der ja auf Österreichs Verfassung vereidigt ist, ignoriert die österreichische Neutralität, verlangt, dass wir aus unseren Steuern Waffen, Waffensysteme und die Kriegspolitik der NATO-EU-Kriegsunion mitfinanzieren.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner will bei dieser Luftabwehr noch

auf die Einladung der EU warten. Dann soll es unter – (wieder einmal) deutschem – NATO-EU-Kommando neuerlich gegen Osten gehen.

Ein übles, ja letztendlich tödliches Spiel mit verteilten Rollen

Die Konzerne setzten zur Profitabsicherung zunehmend auf Raub, Mord und Totschlag (siehe z.B. Regenwaldzerstörung in Brasilien), auf Handels- und Wirtschaftskrieg und letztlich auf militärische Kontrolle und Eroberung von Handelsrouten, Rohstoffquellen, ganzer Länder durch Krieg. Umsetzen sollen diese Pläne die Militärs in Washington und Brüssel, in NATO und EU.

Zunehmend diktieren diese Militärstrategien die Politik. Die Politik wiederum soll die Kriegspläne für die Profite der Konzerne der Bevölkerung als

- Kampf um Demokratie und
- notwendiges Opferbringen für die Freiheit verkaufen, wofür wir Sozialabbau, Lohnraub, weniger Lebensstandard, steigende Armut hinnehmen müssten.

Der Herr General Brieger behandelt Österreich schon als Teil der USA-NATO-EU-Kriegsfraktion im Krieg gegen Russland. Das ist gegen die

Verfassung. Ein Militär, der so agiert, müsste vom Bundespräsidenten abberufen werden. Warum geschieht das nicht? Weil der Bundespräsident dieser Bestellung bereits im Vorjahr zugestimmt hat. Seit Mai dieses Jahres ist Brieger in Brüssel im Amt.

Das erklärt auch, warum Van der Bellen im Wahlkampf die Neutralität Österreichs nicht einmal erwähnte. Ungeheuerlich!

Geade in dieser Situation darf nicht noch mehr Öl ins Feuer gegossen werden. Österreich darf nicht bei der EU/NATO-Aufrüstung und bei der Kriegshysterie und Kriegshetze mitmachen oder gar dabei sein. Im

Gegenteil: Die immerwährende Neutralität ist im Verfassungsrang und verpflichtet unsere Regierenden dazu, alles gegen die Kriegstreiber in Ost und West zu unternehmen. 90% der Österreicher und Österreicherinnen sind für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität Österreichs. Dem müssen Regierung, Parlament und Bundespräsident entsprechen!

Österreichs Neutralität ist jetzt wichtiger denn je!

***Jeffrey Sachs** ist Professor an der Columbia Universität, Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung in dieser Universität und Präsident des „UN Sustainable Development Solutions Network“ (SDSN). Er war Berater von drei UN-Generalsekretären und ist derzeit SDG-Berater unter Generalsekretär António Guterres. Der Autor, Wirtschaftswissenschaftler, war in den 1990er Jahren Berater großer internationaler Organisationen wie IWF, Weltbank und OECD. Er war eine der zentralen Figuren in der wirtschaftlichen Umgestaltung des ehemaligen Ostblocks, d.h. in den westlichen Kapitalismus in den 1990er Jahren. Ab der Jahrtausendwende wandte er sich dann dem Thema Nachhaltige Entwicklungen zu und war Berater von drei UN-Generalsekretären, zuletzt von Antonio Guterres.

** **Narrativ** = dieses Wort, das zunehmend in Medien Verwendung findet, wird gerne mit „sinnstiftende Erzählung“ übersetzt. Diese kann aber auch frei erfunden sein – kann also getrost und entlarvender mit Propaganda des jeweiligen Verbreiters bezeichnet werden.

*** General Robert Brieger hat schon lange mit der österreichischen Neutralität nichts am Hut. Seine Auslandserfahrungen sammelte er bei der deutschen Bundeswehr, beim NATO Defense College in Rom, als Kommandant des österreichischen Kontingents der „Militärmission“ im Kosovo, die unter deutschem NATO-Kommando steht, als Kommandant der EUFOR-Truppe in Bosnien-Herzegowina oder plante die österreichische Beteiligung am UN-Einsatz im Tschad. „*Brieger galt als konservativ und national ... Beobachter in den Medien gehen davon aus, dass Brieger seine Beförderung durch Mario Kunasek (FPÖ, Anm. d. Red.) und die Bundesregierung Kurz I seiner Nähe zur FPÖ verdankt.*“ – *Quelle nächste Seite:*

https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Brieger. Die Nominierung Briegers und die Wahl 2021 zum Vorsitzenden des EU-Militärausschusses (EUMC****), wurde von der ÖVP-Grüne-Regierung, vom Bundespräsidenten aber auch von der SPÖ- und FPÖ-Opposition ausdrücklich gelobt und begrüßt. Nur die Neos reagierten verhalten, weil sie überhaupt für eine EU-Armee sind. Das zeigt: alle,

ob Regierung oder Opposition, egal was sie in Sonntagsreden sagen, kümmern sich nicht um die Verfassung Österreichs und arbeiten am den Ausverkauf der Neutralität – parteiübergreifend!

**** EUMC besteht aus den Generalstabschefs der EU-Mitgliedsländer, vertreten durch ihre militärischen Repräsentanten, die

zumeist in Personalunion bei der EU und der NATO ihr Land vertreten. Der EUMC ist für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verantwortlich und nimmt die militärische Leitung von Operationen wahr (https://de.wikipedia.org/wiki/Militärausschuss_der_Europäischen_Union).

Österreichs Neutralität ist jetzt wichtiger denn je!

Deshalb haben wir seit August mit einem offenen Brief die Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ gestartet. Der offene Brief, die Liste der Erstunterzeichner*innen und weitere Infos finden sich unter: www.unsere-neutralität.at Bitte selbst unterstützen und weiterverbreiten.

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralität.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

Abschaffung der ÖGK?

Das forderte LH Doskozils. Das entspricht dem Wunsch der Unternehmer nicht nur in der ÖGK, sondern auch in der Regierung nicht nur über die Steuergelder, sondern auch über die Versicherungsgelder der Arbeiter und Angestellten zu bestimmen. Das bedeutet noch mehr Verteuerung und Kürzung der Gesundheitsleistungen – und das in einer Zeit wo die Preise ohnehin fast täglich steigen! Daher gehört die ÖGK schleunigst in die Hände der Arbeiter und Angestellten rückgeführt. Wir können, dürfen und wollen uns die Profitwirtschaft und die Geschenke der Regierung an die Unternehmer auf allen Ebenen (Überförderung in der Pandemie, Übergewinne durch Krise und Krieg jetzt), Günstlingswirtschaft und Korruption nicht mehr leisten.

NEIN zur ÖGK in Unternehmerhand!
JA zur sozialen Krankenversicherung!
Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten in der Sozialversicherung wiederherstellen! www.pros.at



*

EU will Streikrecht aushebeln

EU-Kommission will zum Schutz des Binnenmarktes in Krisenzeiten Arbeitskämpfe untersagen können. Im Vorschlagstext für eine Verordnung ist zwar davon gar keine Rede. Allerdings könnte das neue Regelwerk ein bestehendes aus dem Jahre 1998 ersetzen, welches das Recht auf Streiks bislang ausdrücklich garantiert. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) befürchtet die heimliche Beseitigung des Streikrechts. Schlimmstenfalls „könnte ein Streik als Krise gewertet werden, die die Versorgungssicherheit oder den freien Personenverkehr gefährdet und mit Verweis auf die Verordnung niedergeschlagen werden“, warnt die AK. Eine berechnete Befürchtung wie die Vorgänge in Frankreich gerade zeigen. Die Streiks von Raffineriearbeitern wurden von der Polizei beendet.